



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Migrationssozialberatung bedarfsgerecht gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur 17. Tagung des Landtags ein Konzept für die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Migrationssozialberatung vorzulegen.

Das bestehende Rahmenkonzept für die Migrationssozialberatung soll dahingehend erweitert werden, dass Zielgruppe der Beratung neben NeuzuwanderInnen sowie bereits länger im Bundesgebiet lebenden MigrantInnen mit Daueraufenthalt bei festgestelltem migrationsspezifischem Förderbedarf auch Menschen mit ungesichertem Aufenthalt wie z.B. AsylbewerberInnen und Menschen mit Duldung sind.

Begründung:

Das „Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“ sieht Beratung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen – und damit auch von AusländerInnen ohne festen Aufenthaltsstatus - nur im Rahmen freier Beratungskapazitäten vor. Damit ist die Beratung dieser Personenkreise bei der Berechnung des Förderbedarfs nicht vorgesehen.

Die in Vorbereitung befindliche Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete sieht als Kriterium für ein Bleiberecht die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts vor. Dieser setzt jedoch aufgrund der massiven rechtlichen Beschränkungen des Arbeitsmarktzugangs fachkundige Beratung und Unterstützung voraus.

Auch die immer wieder geforderte Integration von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen kann ohne Begleitung und Vermittlung von fachlich spezialisierten Kräften nicht gelingen. Die zur Zeit vorgenommene Neuverteilung der Mittel hat zur Folge, dass die Beratungsstellen der größeren Städte und im Hamburger Randgebiet, die viel Beratungsleistung für diese Personen erbringen, massive finanzielle Einschnitte hinnehmen müssen. Damit kann in Schleswig-Holstein faktisch keine Beratung von AsylbewerberInnen mehr stattfinden.

Das erweiterte Konzept soll bis zum November vorgelegt werden, damit die notwendigen finanziellen Auswirkungen bei den Haushaltsberatungen der Fraktionen für den Haushalt 2007/2008 aufgenommen werden können.

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion